

Oberbürgermeister Unterlehberg trifft folgende drei Aussagen:

- 1. Aus seiner Sicht kann sich die Stadt Neumünster ein Investment in der jetzigen Haushaltslage im Bereich GAZ nicht leisten.**
- 2. Der Bau eines GAZ kann nicht begonnen werden, da kein Baurecht vorliegt.**
- 3. Der Oberbürgermeister bietet eine Lösung an, die in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden kann.**

Oberbürgermeister Unterlehberg führt die genannten Punkte wie folgt aus:

zu 1. Die verfügbare Masse im Vermögenshaushalt 2008 beträgt 14,4 Mio. € Davon sind 3 Mio € Fortsetzungsmaßnahmen, somit verbleiben 11,4 Mio €
Gemäß eines Erlasses des Innenministeriums wurde der Haushalt nur genehmigt, wenn im Vermögenshaushalt 2008 eine Kreditkürzung von 1,4 Mio € erfolgt.
Somit verbleiben letztendlich 10 Mio € Davon sind folgende Investitionen (über 100.000€) vorgesehen: siehe beiliegender Übersicht)

Darüber hinaus soll nach einer wirtschaftlichen Betrachtung und Ratsbeschluss die Freiherr – vom - Stein – Schule nunmehr konventionell gebaut werden. Hierfür sind in 2008 mindestens 3 Mio € anzusetzen, Gelder, die im Vermögenshaushalt gar nicht eingeplant sind. Laut Ratsbeschluss soll die neue Schule mit dem Schuljahr 2009 als Gemeinschaftsschule an den Start gehen. Ca. 40 % der Investitionen verbleiben bei der Stadt Neumünster und müssten finanziert werden.

zu 2. Mit Datum vom 26.09.2006 gibt es einen Aufstellungsbeschluss der Ratsversammlung , am 21.07.2007 erfolgte die Beteiligung der Öffentlichkeit. Ein rechtsgültiger Bebauungsplan liegt noch nicht vor. Somit kann keine Baugenehmigung erteilt werden.

zu 3. Der Oberbürgermeister bietet für alle Einheiten, die zur Zeit Schwierigkeiten haben, wie die Regieeinheiten, die Gefahrguteinsatzgruppe II und die Freiwillige Feuerwehr Stadtmitte, eine Lösung an, die gleichwohl keine Luxuslösung ist. Ausgenommen davon ist die Berufsfeuerwehr, die erst umziehen wird, wenn eine Nachfolgenutzung gesichert ist. Eine weitere Brache wird es nicht geben.

Bei der Lösung handelt es sich um Gebäude (Gebäude 40 und 47) und Flächen auf dem Gelände des vorgesehenen GAZ. Hierfür sei eine Summe von 90.000€ und höher notwendig. Es werden aber erst weitere Schritte unternommen, wenn die betroffenen Einheiten hier und jetzt diese Lösung wollen. Die Verfügbarkeit des Geländes, welches für das GAZ vorgesehen war, ist gesichert. Dieses wurde am 29.10.2007 vom Oberbürgermeister mit der BImA ausgehandelt.

Ratsherr Lassen teilt mit, dass bereits im Jahre 2003 ein GAZ gefordert wurde und der Oberbürgermeister nie tätig wurde. Er kritisiert, dass es erst zu dieser Zuspitzung kommen musste. Die CDU steht weiterhin für ein GAZ.

Der Ausschussvorsitzende Herr Delfs merkt an, dass der Ausschuss auf der letzten Sitzung am 12.07.2007 den 1. Stadtrat gefragt habe, was an Entscheidungen der Politik noch ausstehe, damit ein GAZ gebaut werden kann. Schriftlich wurde von Herrn Arend bestätigt, dass keine

Entscheidungen mehr notwendig seien. Und nun müsse er hören, dass es kein Baurecht gibt. Er fühlt sich nicht richtig informiert.

Herr Arend antwortet daraufhin, eine Bauleitplanung laufe immer parallel zur Planung des Bauvorhabens.

Ratsherr Lassen fragt an, wann welche Einheiten in die Kaserne einziehen können.

Der Stadtbrandmeister, Herr Dr. Jürgens, favorisiert einen Umzug in die östlichen (nicht für das GAZ vorgesehenen Gebäude), die in einem besseren Zustand sind als die vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Gebäude. Bei dieser Variante könnten dann im Westteil kurz- bis mittelfristig Baumaßnahmen in Gang gesetzt werden, keiner müsse auf einer Baustelle arbeiten.

Oberbürgermeister Unterlehberg macht deutlich, dass eine Verfügbarkeit für die Stadt Neumünster wie vom Ausschuss gefordert nur für das für das GAZ vorgesehene Areal mit der BImA ausgehandelt worden ist.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Delfs, versteht nunmehr den Stadtfeuerwehrverband nicht mehr. Die endgültig vorgesehenen Gebäude würden dann noch mal mindestens einen Winter ungeheizt leer stehen. Eine provisorische Instandsetzung wäre gut angelegtes Geld.

Pause von 18:30 – 18:40 Uhr

Ratsherr Delfs wirbt nochmals für den Vorschlag des Oberbürgermeisters.

Der Stadtbrandmeister, Herr Dr. Jürgens, teilt mit, dass in der Pause mit den Verantwortlichen des Katastrophenschutzes und der GEG II beraten worden ist und dass das Angebot des Oberbürgermeisters angenommen wird. Er fordert aber, dass die Sicherheit in den Bereichen Arbeit, Unfall und Einbruch gegeben sein müsse und dass funktionierende sanitäre Anlagen und annehmbare Räumlichkeiten vor Ort sein müssen.

Oberbürgermeister Unterlehberg sichert dies als Selbstverständlichkeit zu.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, die vorläufige Unterbringung der Einheiten auf dem für das GAZ vorgesehenen Gelände auf der Basis des im Ausschuss gemachten Vorschlages kurzfristig zu realisieren.

- einstimmig -